

# i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 355

15. März 2006

12. Jahrgang

## Frauen, weit entfernt von der Gleichberechtigung

In Guatemala zeigt sich weiterhin und in allen Bereichen die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Die Frauen haben derweil zwei Gemeinsamkeiten für ihren gemeinsamen Kampf und ihre Solidarität untereinander gefunden: die Gewalt und der fehlende Zugang zu Bildung und Gesundheit - die nach Geschlecht getrennten Ziffern weisen weite Differenzen auf. Daneben finden sich als schwerwiegendste Unterschiede das ökonomische Niveau und die ethnische Zugehörigkeit. Der spärlichen Antwort von Regierungsseite, um der Gewalt gegen die Frauen und der extremen Langsamkeit der Justiz vorzubeugen und diesen Phänomenen ein Ende zu bereiten, gilt seit langem Kritik.

Der Bericht über die Menschliche Entwicklung vom UN-Entwicklungsprogramm UNDP besagt, dass die Schulquote im Jahr 2003 im weiterführenden Schulsektor 16,3% Männer und 18,5% Frauen betrug, die wirtschaftliche Beteiligung lag bei 79,4% der Männer und 44,6% der Frauen.

Die Gewalt in Guatemala ist ein Faktor, der alle Frauen beunruhigt, schliesslich ist der Mord an Frauen letztes Resultat der psychologischen und häuslichen Gewalt, die im Land herrschen.

Während die Guatemaltekinen stark in Basisorganisationen aktiv sind, stellen sie in Machtpositionen eine Minderheit dar. Gemäss dem UNDP sind von den 330 Bürgermeisterämtern acht von Frauen besetzt, unter den 158 Abgeordneten finden sich 14 weibliche Kongressmitglieder. Unterscheidungen zwischen ethnischer Zugehörigkeit und sozialem Umfeld sind Kriterien, die nicht nur in Guatemala zu unterschiedlichen Gehältern und dem Zugang zu Gesundheit und Familienplanung zwischen Männern und Frauen führen.

In *incidencia democrática* stellt Quimy De León zum Internationalen Tag der Frau am 8. März die Rolle der Frau in den historisch-politischen Zusammenhang Guatemalas.

Die Präsenz der Frauen in allen Bereichen des politischen und sozialen Lebens in Guatemala ist nicht mehr zu leugnen: Von indigenen Frauen, die ihre Rechte artikulieren, über Jugendliche zu Feministinnen und Lesben, die für ein selbstbestimmtes Leben, um Naturressourcen, um Land und gegen jegliche Form von Diskriminierung kämpfen. Von Hebammen im Kampf um die Anerkennung sexueller und reproduktiver Rechte zu Seniorinnen im Kampf um ihre Rente und soziale Sicherheit, von Frauen, die in politischen Parteien involviert sind, zu Akademikerinnen, Forscherinnen und Journalistinnen. Und natürlich die Frauenbewegung als Ganzes, die es geschafft hat, Einfluss zu nehmen, Präsenz im nationalen Leben zu markieren und einige grundlegende Erfolge zu zeitigen.

Gleichzeitig könnte man pessimistisch sagen, dass 62 Jahre des Kampfes der Frauen um ihre Anerkennung vergangen sind und dennoch in der Realität keine wesentlichen Fortschritte in Sachen fundamentaler, sozialer, kultureller und politischer Rechte errungen worden sind - in einigen Aspekten sind vielmehr gar Rückschritte zu beobachten.

Wenn wir über die Teilnahme der Frauen reden, müssen wir uns in den sozialen und politischen Prozessen verorten, die diese durchgemacht haben. Unter Teilnahme verstehen wir all jene Handlungen oder Taten, die Frauen realisieren, die als Protagonistinnen in den diversen gesellschaftlichen Prozessen und mittels ihrer Einmischung in die sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Akti-

vitäten eines Ortes oder einer Nation präsent sind. Die Teilnahme kann, muss aber nicht organisiert sein und kann, muss aber nicht mit dem Staat zu tun haben, so María Candelaria Navas auf dem Internationalen Frauentreffen in San Salvador.

Es muss eine Debatte eröffnet und von den Frauen selbst ihr Tun überprüft und analysiert werden. Die Organisationen ihrerseits müssen unterstützend dazu die Erfolge und Auswirkungen der Demokratisierung auf alle Sphären der Gesellschaft untersuchen und reflektieren.

Die politische und soziale Teilnahme der guatemaltekinischen Frauen steckt noch in den Kinderschuhen. Das Wahlrecht wurde den Frauen mit der Verfassung von 1945 zugestanden, in der die Organisation in Parteien garantiert und die Bürgerinnenschaft der Frauen mit all ihren Rechten und Pflichten anerkannt wurde.

Einer der wesentlichen Beiträge der Revolution von 1944 stellte auf politischer Ebene die Förderung der politischen Teilnahme generell dar, in Form von politischem Protest aber auch sozialem Engagement und Beteiligung.

Ab 1944 fingen die Frauen an, bei der Gründung der ersten modernen Parteien mitzuarbeiten, wie beispielsweise der *Verfassungsfront des Westens* (FCO), aufgebaut in Quetzaltenango, der *Guatemaltekinischen Fraueneinheit Pro-BürgerInnenschaft* (UFGP), die das zentrale Ziel verfolgte, dass ihre zivilen Rechte aner-

kannt würden, der *Guatemaltekischen Frauen-Allianz* (AFG), die auf ihrer Agenda unter anderem den Zugang zu Land und zu Krediten für Bäuerinnen, Arbeitsschutz für Arbeiterinnen, staatliche Hilfe für kleine Händlerinnen, gleiche Chancen für Facharbeiterinnen sowie die Verringerung der Lebenskosten für Hausfrauen verzeichnete. Ebenso sprach sich die AFG für die politischen Rechte und die Gleichheit der Frauen vor dem Gesetz aus.

Ab 1950 wurde das Wahlrecht für Analphabetinnen vergeben, doch erst 1965 wurden diese vollständig, nicht nur als Wählerinnen sondern auch als zu Wählende anerkannt. Interessant ist die Gründung der *Guatemaltekischen Frauenpartei* (PFG), die sich kurioserweise und explizit als nicht-feministisch deklarierte und laut eigenen Angaben 8'000 Mitglieder zählte.

Auch im Zuge der Entwicklung der revolutionären bewaffneten Bewegung gab es eine bedeutende Beteiligung von Frauen, Jugendlichen und Mayas. Wichtig dabei ist in Betracht zu ziehen, dass die Frauen Opfer einer besonders brutalen und grausamen Repression waren.

Seit den Verhandlungen für die Friedensabkommen fing der Frauensektor der *Versammlung der Zivilgesellschaft*, Gruppen von Witwen, von Menschenrechtsaktivistinnen und Studentinnen an, eine neue Handlungsfigur im politischen Leben des Landes zu erschaffen. Man könnte sogar sagen, dass die Friedensverträge, vom Moment der Verhandlungsaufnahme an, die politische und soziale Teilhabe der Frauen ermöglichte und umgestaltete: Im lokalen, kommunalen, regionalen und nationalen Bereich – sowohl in den Städten als auf dem Land – wurden die Frauen in den öffentlichen Raum gerückt.

Dennoch verfolgen, so die mexikanische Feministin und Abgeordnete Marcela Lagarde, „die Gesellschaft und der Staat – oder irgendein anderer Raum der Machtballung – eine Fülle von Absichten, die eng mit der Kontrolle, der Disziplinierung und der Bestrafung der Sexualität verbunden sind. Demzufolge besteht die staatliche Funktion darin, die Beziehungen zwischen den Geschlechtern zu regeln, dafür zu sorgen, dass die Trennung der Geschlechter sowohl in Sachen Arbeit als auch im Alltag eingehalten wird, der Körper und der Geist der BürgerInnen kontrolliert und die entsprechend notwendige Bevölkerungspolitik verfolgt wird sowie dass ein Konsens herrscht, der den jeweiligen Interessen entspricht.“

Es ist klar, dass das kapitalistische System grundlegend nicht nur zu den sozialen, sondern auch zu den ethnischen und Geschlechterasymmetrien beiträgt. Dies zwingt die Frauen dazu, sich erneut zu unterwerfen und an den Herd zurückzukehren. Deswegen ist es notwendig, die Folgen der neoliberalen Globalisierung und ihre Auswirkung auf das Leben der Frauen klar zu stellen und ferner Brücken zwischen den Frauen der Bewegung und derjenigen zu schlagen, die auf der politischen Bühne teilnehmen, um eine linke politische Agenda vom Standpunkt der Frauen aus aufzustellen.

Beispielsweise muss die Thematisierung des Feminizids (Mord an Frauen, die Red.) einer der wichtigsten Punkte sein, die es zu analysieren gilt. Laut Silvia Solórzano, Verantwortliche für politische Frauenangelegenheiten der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG), ist der Feminizid ein multikausales Phänomen, man könne dabei die sozio-ökonomischen Faktoren und die Armut nennen, die patriarchale Kultur, den *machismo*. Zudem identifiziert sie einige Elemente der Sozialen Säuberung, die sie als politische und soziale Gewalt charakterisiert. Anscheinend bestünde die Absicht, die Frau wieder an den Haushalt zu binden. Von Seiten des Staates herrscht eine Unterlassungshaltung gegenüber dieser Situation: es wird keine Antwort auf die eingereichten Anzeigen gegeben, es sind keine effizienten Massnahmen ergriffen und erst recht keine politischen Ansätze in Angriff genommen worden, die das Problem zum Thema machen. „Die Straflosigkeit ist einer der Faktoren, die die Morde an Frauen verstärken und reproduzieren.“

Marcela Lagarde vertritt die Ansicht, dass die Voraussetzung für die Austilgung des Feminizids in einer demokratischen Staatsreform mit *Genderperspektive* besteht.

Einer der Ansätze der Frauenbewegung, so wie ihn die Gruppierung *Koordination 8. März* aufwirft, geht denn auch davon aus, dass der Kampf „um die Beendigung der Gewalt gegen Frauen, für die Nicht-Diskriminierung von Frauen mit Maya-, Xinca-, Garífuna- und Mestizenherkunft, gegen den Hunger, gegen den Chancemangel und die Indifferenz und Unterlassung des Staates gegenüber unseren Forderungen, sowohl zu Hause als auch auf der Strasse“ stattfinden muss.

Aufgrund dessen plädieren die Forderungen in Richtung einer „Transformation des patriarchalen,

kapitalistischen, rassistischen, homophobischen, gewalttätigen und fundamentalistischen Staates in einen fairen, gerechten, weltlichen, vielfältigen und sicheren Staat für die Frauen und die Gesellschaft“.

Es gibt eine politische Agenda, die von den Frauenorganisationen aufgestellt wurde, doch sie wurde von den Regierungsinstanzen nicht vollständig angenommen und es wurde keine Kohärenz mit der Legislativagenda gefunden, in der selbstverständlich auf dieser Ebene die Geschlechterperspektive fehlte.

Es kann nicht weiterhin der Impuls für eine Agenda der Frauen völlig und einzig in den Händen der PolitikerInnen belassen werden; die soziale, kommunale und bürgerliche Beteiligung der Frauen ist grundlegend für die Demokratisierung des Landes, doch auch die politische Teilhabe ist notwendig. Das bedeutet, sich in das patriarchale, frauenfeindliche politische System einzumischen, in dem weibliche Führungsschaften sich inmitten von starkem Druck entwickeln. Dies geht leider oft einher mit einem Alleingang innerhalb der politischen Gruppierungen und einem Sich-Entfernen von der Frauenbewegung. Doch es ist wichtig, sich zu engagieren, um Politik zu Gunsten der Frauen voranzutreiben und zu überprüfen und die Vorschläge einer andersartigen Gesellschaft mitzutragen, die einen Sozialstaat verlangt, der der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu Gute kommt und nicht dem Markt.

## ¡Fijáte!

**Herausgegeben von:**  
**Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:**

**Postbank Karlsruhe**

**BLZ: 660 100 75**

**Kto. -Nr.: 32 95 01-751**

**Redaktion:**

**Christiane Treeck**

**c-tree@gmx.net**

**Aboverwaltung:**

**Ewald Seiler**

**Rahel-Varnhagen-Str. 15**

**79100 Freiburg**

**fijate@web.de**

**Jahres-Abo: 55.- €**

**Auslands-Abo: 60.- €**

**E-Mail-Abo: 50.- €**

**Erscheinungsweise 14-täglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

**[www.guatemala.de/Fijate/index.html](http://www.guatemala.de/Fijate/index.html)**

## Frauen leben/Leben

**Guatemala, 09. März.** Der Widrigkeiten und Hindernisse zum Trotz, die den Frauen in Guatemala das Leben in Sicherheit, Gleichberechtigung und Vielfalt schwer machen, beschlossen die zahlreichen Organisationen, die sich unter der *Koordination des 8. März* zur Demonstration am Internationalen Tag der Frau zusammenzufinden, das Leben zu feiern, die Mannigfaltigkeit der Frauen zu zeigen und Beweis dafür zu bringen, dass die Frauen den Kampf um ihre Rechte und Forderungen fortsetzen.

Gewalt, Ungerechtigkeit, Mangel an Chancen, sexuelle Belästigung und Missbrauch sowie das Fehlen einer Gesetzgebung, die die Frauen mit einbezieht, bestimmen die Lebensgestaltung der Frauen, was die Kolumnistin Carolina Vásquez Araya dazu veranlasste vorzuschlagen, den 8. März lieber dafür zu nutzen, darüber nachzudenken, was es in Guatemala alles zu Gunsten der Frauen zu verändern gelte. Dafür greift sie auf vergleichende Zahlen zurück: Demnach sind weltweit Zweidrittel der erwachsenen AnalphabetInnen Frauen, genauso wie Zweidrittel der 130 Mio. Kinder, die nicht in die Schule gehen oder sie abbrechen. Ebenfalls seien Zweidrittel der in Armut lebenden Weltbevölkerung weiblich, und obwohl sie 52% der Arbeit machten, würde nur ein Drittel davon vergütet. Dennoch Sorge eine von drei Müttern - ohne Unterstützung durch den Vater - für die Ernährung und Bildung ihrer Kinder.

Die feministische Journalistin Olga Villalta weist indes auf die Erfolge für die Frauen hin und erwähnt den Anstieg der Anzeigen von Fällen häuslicher Gewalt. Diese Tatsache spiegle laut Villalta wider, dass mehr und mehr Frauen ihre Rechte kennen und wahrnehmen würden. Nun sei die nächste Herausforderung, die Prävention dieser Gewalttaten zu stärken.

Die Hauptforderung der Frauen auf der landesweiten Demonstration am 8. März zielte auf die Aufklärung der Frauenmorde ab, die allein im Januar laut Polizeiangaben 97 Opfer zählten, 40 davon wurden in der Hauptstadt umgebracht. Zwar seien zwei Abteilungen der Staatsanwaltschaft auf dieses Phänomen abgestellt, doch ermittelt wurde bislang in keinem der Fälle mit Erfolg.

Als ob dem patriarchalen Zynismus der I-Punkt aufgesetzt werden sollte, wurde noch während der 8.-März-Demo im Ixcán, Quiché, bekannt, dass dort ein 12- und ein 13-jähriges Mädchen mittags auf dem Heimweg von der Schule vergewaltigt wurden – ein aufgrund der Schreie aufmerksam gewordener Pasant wurde kurzerhand beschossen, und mindestens im Departement Jutiapa wurde am Internationalen Tag der Frau eine weitere Frau ermordet.

## Frauen im Bürgerlichen Gesetzbuch

**Guatemala, 08. März.** Mit dem Ziel, die Gleichheit der Frauen vor dem Gesetz zu erreichen, hat die guatemalteckische Sektion des *Komitees von Lateinamerika und der Karibik für die Verteidigung der Frauenrechte* (CLADEM) sowie das *Nationale Frauenforum* (FNM) vor dem Verfassungsgericht Klage eingereicht gegen sieben Artikel des Bürgerlichen Gesetzbuches, die die Frauen diskriminieren und folglich gegen die Verfassung verstossen. Im Detail sind dies die Artikel 81, 89, 169, 216, 226, 299 und 317, deren diskriminierenden Inhalt die klageführende Anwältin Mayra Dinora Gil Herrera beispielhaft erläutert:

Die Art. 81 und 89 bezögen sich auf das Mindestalter bei Eheschliessung von Minderjährigen, die für Männer und Frauen unterschiedliche Altersangaben aufführen und dabei Mädchen von 14 Jahren beeinträchtigen. Art. 169 besagt derweil, dass die Unterhaltszahlung nach der Scheidung beibehalten werde, vorausgesetzt, die Frau zeige "gute Führung" und gehe keine weitere Ehe ein.

Hier sei die Definition von angemessenem Verhalten unklar und hinge von der subjektiven Beurteilung der Urteilssprechenden Person ab, so Gil Herrera.

Laut Art. 216 könne entweder der väterliche oder der mütterliche Grossvater im Falle des Todes oder Unfähigkeit der Eltern die Enkel anerkennen. Damit seien die jeweiligen Grossmütter von dieser Befugnis ausgeschlossen, indes in der guatemalteckischen Realität sehr vielen Haushalten Frauen vorstünden, merken die Klägerinnen an.

Dies ist bereits die dritte Aktion wegen Diskriminierung von Frauen in der guatemalteckischen Gesetzgebung, die CLADEM vor dem Verfassungsgericht führt. Die Kommission hat bereits erreicht, dass das Delikt des Ehebruchs, dass sich nur auf Frauen bezog, aufgehoben wurde und die Verfolgung von Amts wegen hinsichtlich der Verweigerung von wirtschaftlicher Unterstützung wieder aufgenommen wurde, die bei der letzten Reform des Strafgesetzbuches gestrichen worden war.

## Frauen in den Medien

**Guatemala, 01. März.** Die Männer dominieren im Bereich der Kommunikationsmittel, zum einen als Thema und zum anderen als Moderatoren und Reporter von Nachrichten, währenddessen die Frau in den meisten Fällen im Zusammenhang mit Berichten präsentiert wird, die zum Thema das Verbrechen und die Gewalt haben. Dies sind Ergebnisse der Untersuchung „Wer tritt in den Nachrichten auf?“, durchgeführt von der *Weltvereinigung für Christliche Kommunikation* (WACC). Analysiert wurden Nachrichten im Fernsehen, Radio und in Tageszeitungen. Demzufolge beharren die guatemalteckischen Medien darauf, Frauen ob ihrer familiären Beziehungen zu definieren. Zudem, so die Studie, herrsche eine Kultur, in der die Männer für die Gesamtheit sprächen. Als aktuelles Beispiel wird auf die LehrerInnen-schaft verwiesen, die von einem Mann – Joviel Acevedo, Sprecher der *Nationalen LehrerInnenvereinigung* (ANM) – angeführt wird, während der Grossteil der Lehrenden Frauen sind.

Die WACC fand heraus, dass 77% der guatemalteckischen Nachrichten von Männern handelten, was dem weltweiten „Standard“ der männlichen Medienherrschaft von 79% entspreche, während die Frauen bloss in 37% die Akteurinnen seien. Und davon erschienen wiederum 25% der Frauen als Opfer, doch nur 10% der Männer würden in dieser Rolle dargestellt.

Ileana Alamilla, Direktorin der Nachrichtenagentur *Cerigua*, Kolumnistin

und Koordinatorin zahlreicher Studien über die Präsenz der Frauen in den Medien, bringt das Resultat auf ein politisches Resümee. Die Art der Darstellung der Frauen in der Presse spiegelt laut Alamilla die Geltungsdiversität, die die Frauen in der Gesellschaft ausüben, überhaupt nicht wider. Ausserdem würde dem, was sie machen, produzieren vorschlagen, weder Wert noch Bedeutung beigemessen. Und neben dem Image des Opfers überwiegen die sexistische Werbung und die Schönheitsköniginnen, die die Frauen noch mehr demütigten und Geschlechterstereotypen verstärkten. Diese Art des medialen perversen Protagonismus liessen die Fähigkeiten und Potentiale der Frauen völlig verschwinden. Infolgedessen sei es notwendig, eine Art Trilogie zu fördern: Frau, Information und Demokratie, so die Rechtsgelehrte Journalistin.

Guatemala sei ein Land, in dem der Ausschluss und die Diskriminierung Markenzeichen der nationalen Identität seien und wo die Schere zwischen denen, die alles besitzen und denen, die nichts haben, die grösste in Lateinamerika sei. Für die Frauen sei die Situation noch gravierender: „Sie werden sogar vom Leben selbst ausgeschlossen, sind wir doch das zweite Land, in dem die meisten Frauen ermordet werden“, so Alamilla. Dabei sei gerade die Presse bestimmendes Element in der Reproduktion des Systems, schliesst sie ihre Kolumne in der Tageszeitung *Prensa Libre*.

## Mehr Sicherheit durch 3.000 ehemalige Militärkräfte?

**Guatemala, 10. März.** Nachdem in den letzten Monaten die kombinierten Patrouillen zwischen Polizei und Militär trotz Kritik aus der Zivilgesellschaft als Erfolg abgebucht wurden, entschied Präsident Oscar Berger, 3.000 ehemalige Militärangehörige in die *Nationale Zivilpolizei* (PNC) einzuziehen, um der weiterhin ansteigenden Gewalt und Kriminalität im Land zu begegnen. Nach Angaben von Verteidigungsminister Bermúdez, kostet diese Massnahme für das laufende Jahr 160 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 21 Mio.), 40 Mio. davon sind für die Ausrüstung veranschlagt, 70 Mio. für das Gehalt und 15 bzw. 18 Mio. für Verköstigung und Verwaltungsaufwand.

In Presse und Zivilgesellschaft wurde Bergers Vorschlag heiss diskutiert. Menschenrechtsorganisationen und auch der Menschenrechtsombudsmann (PDH), Sergio Morales, halten nichts von dem Einsatz des Militärs. Die Millioneninvestitionen hätten besser in die Verbesserung der Polizeiarbeit gesteckt werden sollen, sagte Morales. Auch müssten erst einmal die Verstrickungen von Polizeikräften in Morde aufgeklärt und beendet werden, die als Soziale Säuberungen gelten können.

Die Myrna Mack-Stiftung hat auf die Gefahr der Remilitarisierung hingewiesen. Der Einsatz der Armee im Inne-

ren schwäche die Rolle der Zivilgesellschaft in einer Demokratie und verknüpfe die Frage der inneren Sicherheit mit der Aufgabe der Streitkräfte. Zudem hemmen die Massnahmen ganz klar die Umsetzung der Friedensabkommen und tragen in keiner Weise zur Förderung des Rechtsstaates bei. Vielmehr müssen sie im Kontext anderer aktuellen Themen analysiert werden, beispielsweise der Kriminalisierung von Aktionen sozialer Bewegungen. Klar ist auch, dass die ehemaligen Militärangehörigen nicht über die für die Aufgaben der Sicherheit der BürgerInnen notwendigen Kenntnisse verfügen, sondern nur in Kampftechniken ausgebildet sind.

Genau diese Kritik hat sich die Regierung allerdings ansatzweise zu Herzen genommen, denn die Ex-Militärs erhalten ab dem 1. März eine Fortbildung über Polizeitechniken und Menschenrechtsfragen. Gesichert ist bereits die Unterstützung der Industriekammer, trifft die Unsicherheit im Lande die Wirtschaft doch empfindlich.

Es gibt jedoch auch BefürworterInnen der Massnahmen: mehrere KommentatorInnen versuchen, gegen die KritikerInnen zu argumentieren, allein aus ideologischen Gründen dagegen zu sein und keine eigenen Vorschläge zu haben. Ausserdem könne von einer Mi-

litarisierung gar nicht die Rede sein, denn es handele sich bei den 3.000 Personen zwar um ehemalige Militärs, die aber nun eben als Zivilisten ihren Dienst bei der *Nationalen Zivilpolizei* leisteten. Dass die Zivilgesellschaft durchaus nicht nur zahlreiche Vorschläge, Forderungen, u.a. zur Reformierung und Verabschiedung Verbrechenrelevanter Gesetze durch den Kongress, und Analysen der Situation vorgelegt hat, sondern sich selbst als einziger Motor beispielsweise für Integrationsmassnahmen für Ausstiegswillige Jugendbandenmitglieder stark macht, wird dabei beflissentlich übersehen.

Für den ehemaligen Polizeioffizier Juan Francisco Méndez, zeigen die improvisierten Sicherheitsmassnahmen nur, dass die Regierung keinen strategischen Plan hinsichtlich der inneren Sicherheit habe. Erfolgreiche Massnahmen seien stattdessen Initiativen zur Verbrechensprävention und die Kontrolle des Waffenhandels.

Laut Militärsprecher Jorge Ortega wurden in Guatemala seit 1991 290.000 Feuerwaffen registriert. Das *Sekretariat für wirtschaftliche Integration Zentralamerikas* (SIECA) erklärte, dass die GuatemaltekenInnen im Jahre 2004 privat US-\$ 4,5 Mio. für Waffen und Munition ausgegeben haben.

## Wie geht es weiter mit der Bildung?

**Guatemala, 07. März.** Die Erziehungsministerin María Del Carmen Aceña bleibt vorerst im Amt. Nachdem ihr am 20. Februar von der Mehrheit der Kongressabgeordneten Misstrauen erklärt worden war (siehe ¡Fijáte! 354), das Kabinett sich jedoch einstimmig für sie ausgesprochen hatte, verfehlten ihre GegnerInnen die notwendige 2/3-Mehrheit der Abgeordnetenstimmen, um sie aus dem Amt zu kippen.

Doch damit ist das wochenlange Tauziehen zwischen der Regierung auf der einen und der Parlamentsopposition auf der anderen Seite alles andere als beendet. Die Oppositionsparteien kündigten nämlich umgehend an, weiterhin die Politik der Ministerin und diese selbst zu bekämpfen.

Ob sich die *Nationale LehrerInnenversammlung* (ANM) mit dem Verbleib von Aceña als Bildungsministerin abfinden wird, ist ebenfalls in Zweifel zu ziehen. Ende Februar weigerte sich die ANM, an Verhandlungen mit der Regierung teilzunehmen, solange die „Ex-Mi-

nisterin“ mit am Tisch sitze. Schliesslich lenkten die LehrerInnen jedoch ein, nicht ohne den Hinweis, dass Aceña zwar als eine der RegierungsrepräsentantInnen dabei sein könne, das aber noch lange nicht bedeute, dass sie als Bildungsministerin anerkannt sei.

Unter Vermittlung des Kardinals Quezada Toruño werden ausserdem Frank LaRue von der *Präsidialkommission für Menschenrechte* (Coprodeh), der Rektor der Universität San Carlos, Luis Leal, und der Prokurator für Menschenrechte, Sergio Morales, an einem Dialog teilnehmen, der von Vizepräsident Eduardo Stein und dem Rechtsassessor der ANM vereinbart wurde.

Derweil gingen vor allem im Departement Quetzaltenango die Proteste der LehrerInnen weiter. Ihre VertreterInnen riefen alle im Bildungswesen Beschäftigten zur Geschlossenheit auf.

Die Proteste wurden noch einmal angeheizt durch die Teilnahme der Erziehungsministerin an einer Kundgebung zu ihren Gunsten, für die Massen

von ehemaligen Angehörigen der Zivilpatrouillen (Ex-PAC) aus dem Landesinneren als vermeintliche Familienväter und -mütter mobilisiert worden waren. Nach Presseberichten sollen diese in verschiedenen Departements gedroht haben, gegen streikende LehrerInnen vorzugehen sowie gegen ParlamentarierInnen, die sich gegen Aceña stellen.

Der Analyst von *incidencia democrática*, Erwin Pérez, schrieb, dass die Zuhilfenahme der Ex-PAC „unentschuldigbar“ sei und einige Sektoren der Gesellschaft, die der Erziehungsministerin wohl gesonnen waren, abgeschreckt habe.

Bei den nun anberaumten Gesprächen soll es um von der Regierung angekündigte Gesetzesinitiativen gehen, die beispielsweise Regeln für den Aufstieg im Bildungswesen beinhalten. Es ist auch von einem Bonussystem mit Lohnzuwächsen bis zu 25 Prozent alle vier Jahre die Rede, allerdings abhängig von den Ergebnissen regelmässiger Evaluationen.

## US-Mauer gegen MigrantInnen wächst – der Widerstand auch

**Guatemala/Washington. 08. März.** Während die US-Regierung ihre repressive Politik gegen MigrantInnen bekräftigt (siehe ¡Fijáte! 349), wächst der Widerstand dagegen sowohl in den USA selbst wie auch in Guatemala und anderen betroffenen lateinamerikanischen Ländern.

Der US-Senat steht vor der Entscheidung über ein Gesetz, das 11,5 - 12 Millionen illegale EinwandererInnen als VerbrecherInnen definiert und im Dezember vom Unterhaus verabschiedet worden war. Nach einer soeben veröffentlichten Studie des *Centro Hispánico Pew* sind von diesen Personen ohne Papiere 56% MexikanerInnen und 22% stammen aus anderen lateinamerikanischen Ländern.

Während einer Demonstration am vergangenen Dienstag vor dem Kapitol in Washington, protestierten Tausende Mitglieder von kirchlichen und Menschenrechtsgruppen gegen die Kriminalisierung der MigrantInnen ohne Papiere. „Das ist eine Kriegserklärung gegen die MigrantInnen, mit der einfach als MenschenhändlerIn jedeR beschuldigt werden kann, die/ der mit anderen MigrantInnen zusammen ist, auch wenn es sich tatsächlich um den Vater, die Ehefrau oder die Kinder handelt“, kritisierte Maricela García, Präsidentin der *EinwanderInnenkoalition von Guatemala* (CONGUATE).

Den Gesetzentwurf „Schutz der Grenze, Terrorbekämpfung und Kontrollmechanismen gegenüber illegalen EinwandererInnen“ (2005-HR4437) hat der republikanische Kongressabgeordnete F. James Sensenbrenner, jr. aus dem Bundesstaat Wisconsin eingebracht. Er sieht Sanktionen, inklusive Strafverfahren, für jene Personen vor, die MigrantInnen ohne Papiere unterstützen, transportieren oder einstellen. Sein Vorschlag beinhaltet zudem den Bau einer 1.200 km langen Mauer an der südlichen US-Grenze zu Mexiko und die Verstärkung der Grenzüberwachung. Ausserdem könnte nach dem neuen Gesetz jedeR PolizistIn nicht-dokumentierte Arbeitende festnehmen, Befugnis, die bislang einzig der Migrationspolizei oblag.

Für jene Gruppen in den USA, die MigrantInnen unterstützen, bedeutet das Gesetz, dass sie ihre humanitäre Arbeit legal kaum noch ausführen könnten. Die Sorge geht aber vor allem bei den MigrantInnen selbst um, die aus Angst vor Razzien teilweise nicht mehr das Haus verlassen.

Das „Anti-MigrantInnen“-Gesetz sorgt aber nicht nur in den USA selbst für Widerstand, sondern auch in Guatemala. Knapp ein Zehntel der MigrantInnen ohne Papiere in den USA sind GuatemaltekinInnen. Sie sorgen mit den Rück-

überweisungen an ihre Familien für die grössten Deviseneinnahmen des Landes und in vielen Fällen für das einzige Einkommen ihrer Angehörigen in den ländlichen Regionen.

Im an Mexiko grenzenden Department San Marcos ist der Widerstand sozialer Bewegungen und der katholischen Kirche besonders stark. Er wird angeführt von dem dortigen Bischof Alvaro Ramazzini, für den das Gesetz im Widerspruch zum Gebot der Nächstenliebe steht. Er hatte bereits im Januar Kontakt zu Amtskollegen in den USA und anderen Instanzen in Zentralamerika aufgenommen, um den US-Senat dazu zu bewegen, von dem Gesetz Abstand zu nehmen.

Die Kampagne „Für das Leben, gegen die Mauer“ in Guatemala hat die Organisation *Tzuk Kim-Pop* aus Quetzaltenango initiiert. Dafür sind Unterschriften gesammelt worden, die im Anhang an ein Schreiben an die US-SenatorInnen, aber auch an internationale Menschenrechtsorganisationen und den guatemaltekinischen Kongress geschickt wurden.

Hat Präsident Berger den US-Gesetzentwurf im Dezember noch als „unsinnig“ bezeichnet, so hält sich die guatemaltekinische Regierung aktuell mit öffentlichen Aussagen doch bedeckt. Das *Zentralamerikanische Parlament* (PARLACEN) hat jedoch eine Resolution verabschiedet, die das US-Gesetz ablehnt. Ebenso haben sich die zentralamerikanischen AussenministerInnen artikuliert und beschlossen, ihre Position und den Druck auf die USA beizubehalten.

Unterdessen zeichnen die bereits verschärften US-Massnahmen hinsichtlich ihres Zwecks, die Menge der EinwanderInnen zu verringern, keinerlei Erfolg. Im Gegenteil. Aufgrund der prekären Lebenssituation in den zentralamerikanischen Ländern, die durch den Hurrikan Stan im Oktober vergangenen Jahres noch einmal erschwert wurde, nach dem es in vielen Gemeinden bis heute noch keine oder keine ausreichende staatliche Unterstützung beim Wiederaufbau gibt, ist der Versuch, in die USA zu gelangen, oft die einzige Chance zu sichern. Doch die restriktiven Einwanderungsbestimmungen haben die ohnehin bestehenden Gefahren und die Verletzungen der Menschenrechte nicht nur in den Grenzregionen immens erhöht. Humanitäre Organisationen, die in der Prävention und Rettung von MigrantInnen in der mexikanischen und der US-amerikanischen Wüste arbeiten, melden einen Anstieg um 20% derjenigen, die auf ihrem Weg in den Norden in diesem Gebiet sterben. Ertrinken, Ersticken und Austrocknen sind die häufigsten Todes-

ursachen. Mit der Verschärfung der „Sicherheitsmassnahmen“, müssen die MigrantInnen immer schwierigere Zonen durchqueren und mehr Risiken eingehen, um die Kontrollen zu umgehen.

Vizepräsident Eduardo Stein sieht zudem wenig Hoffnung in Bezug darauf, dass die USA ihre Meinung hinsichtlich des von Guatemala kurz nach dem Stan beantragten temporären Sonderstatus für guatemaltekinische MigrantInnen (TPS) ändern könnten. Dieser Antrag wurde in den Staaten von Anfang an nicht in Betracht gezogen und kürzlich wurden bloss jene TPS um ein Jahr verlängert, die nach dem Hurrikan Mitch MigrantInnen aus Honduras, El Salvador und Nicaragua verliehen wurden. Als Erklärung für seinen Pessimismus weist Stein darauf hin, dass 1998 die guatemaltekinischen MigrantInnen in den USA nicht mehr als 60'000 zählten, heute seien es 600'000, Voraussetzung, die die USA sicherlich nicht akzeptieren, um sich den GuatemaltekinInnen gegenüber wohlwollend zu zeigen. Mauro Verzeletti von der Migrationspastorale dagegen bewertet die entsprechenden Anstrengungen der Regierung als schwach. „Sie folgen den Spielregeln der USA, sagen Ja und Amen zu allem, da ist es kein Wunder, dass sie nichts erreichen.“

## Dialog vermint

**Guatemala, 06. März.** Aufgrund des Reformvorschlages für das Minengesetz, das das Kabinett dieser Tage vorlegte, beschloss Bischof Álvaro Ramazzini in Abstimmung mit den anderen VertreterInnen der Zivilgesellschaft in der *Hochkommission über Bergbau* (CANM), den Dialog mit der Regierung abzurechnen. Der Gesetzesentwurf beachte keine der in der CANM vereinbarten Richtlinien für die Bergbaupolitik und schliesse weiterhin die durch den Abbau von Rohstoffen betroffene Bevölkerung aus. Angesichts dieser Ignoranz von Seiten der Regierung befand Ramazzini den seit einem halben Jahr gehaltenen Dialog zur Klärung der konfliktiven Situation für verlorene Zeit. Präsident Berger tut die Differenzen derweil als mögliche Missverständnisse zwischen den Parteien ab. Die zivilen CANM-Mitglieder forderten die Regierung auf, sich dem Thema noch einmal ernsthaft zu widmen, bevor der Dialog wieder aufgenommen werden könne. Ein erster Schritt dafür müsse sein, die allererste Abmachung zu verwirklichen, die von der CANM getroffen wurde: Die Suspendierung aller Abbaulizenzen für Rohstoffe während des Dialogprozesses, was die Regierung bis jetzt nicht eingehalten hat.

## ¡Híjole...!

– etwa mit dem Überraschungsausdruck „Donnerwetter!“ übersetzbar, ist erster Vorschlag für den Titel einer Neueinführung im ¡Fijáte!: Eine voraussichtlich jede zweite Ausgabe erscheinende Kolumne. Für diese zeichnet sich Fernando Suazo verantwortlich, der 1984 als katholischer Priester aus Spanien nach Guatemala kam, jedoch dieses Amt bald niederlegte und mit seiner Frau und seinen zwei Kindern in Rabinal lebt. Seit seiner Ankunft hat er dort die indigenen Gemeinden, die Opfer des Krieges wurden, begleitet, sich ihrer Kultur angenähert und ihre Sprache, das Achí, gelernt. Fernando Suazo arbeitet im *Team für Gemeindestudien und psychosozialer Aktion* (ECAP) und ist Dozent im Masterstudiengang „Sozialpsychologie und Politische Gewalt“ der Universität San Carlos.

### Wenn es die Elefanten doch können...? Fernando Suazo

Im Sonntagsmagazin „D“, Beilage der Tageszeitung *Prensa Libre* vom 5. März 2006, gibt es eine merkwürdige Notiz, die von der Nachrichtenagentur EFE stammt. Anscheinend haben britische WissenschaftlerInnen herausgefunden, dass diese Dickhäuter die Fähigkeit besitzen, über Generationen hinweg ihre Gefühle von Groll und Rache gegen die Spezies Mensch zu vererben, da sie an der *Posttraumatischen Störung* litten, als Ergebnis der menschlichen Aggressionen vergangener Jahrzehnte.

Sie haben mich enttäuscht, die Elefanten. Ich dachte, dass sie Dank der Dichte ihrer Lederhaut ein Beispiel dafür darstellten, wie wir Menschen mit den Traumata umgehen sollten, die durch die Gewalt anderer Menschen verursacht wurden: träge für die Wut, fügsam, effizient und vergesslich.

Tatsächlich ist dies der soziale Archetypus, den die Massenmedien verbreiten und damit auf Strategien antworten, die von der Macht aus entworfen wurden: „*Lasst uns nicht auf Konfrontationskurs gehen, lasst uns Guatemala lieben* („Guatemala“, elftägige Regierungskampagne Ende Januar, bei der mittels kultureller Aktivitäten „positive Werte“ in der Gesellschaft geweckt werden sollten, die Red.), *lasst uns die Vergangenheit vergessen, lasst uns ohne Zorn in die Zukunft schauen*. Und, währenddessen, warten wir darauf, dass der Kelch des Reichtums aus den wenigen Händen, die ihn besitzen, überschwappt bis in jene schändlichen Ecken, die nicht immer verheimlicht werden können: *Guatemala ist eines der Länder der Welt mit den grössten Ungleichheiten in der Verteilung des Reichtums... Das Land ist in den Händen weniger konzentriert, sind doch 2% der Bevölkerung Besitzende von 70% der landwirtschaftlichen Ländereien...* Das sind die Worte von Herrn Jean Ziegler, Beauftragter der UNO zum Recht auf Ernährung (18. Jan. 2006).

Ich muss zugeben, dass das schlechte Beispiel der Elefanten mich dazu bringt, das Thema der in Zorn geratenen Erinnerung in Guatemala auf

andere Weise zu überdenken. Und wenn wir doch dem Beispiel dieser Tierchen folgten – schliesslich sind diese frei von ideologischen Vorurteilen – und die Vergangenheit unseres Volkes anders betrachten: die Jahrhunderte des Völkermords und der Ausbeutungen, den massenhaften Raub von Land, die Halbsklaverei, das Gebranntmarktsein wie Vieh, immer unter der Peitsche, den Ausschluss von allen sozialen Gütern sowie der Staatspolitik, den totalen Krieg – die *verbrannte Erde* – einer *Nationalen Sicherheitsdoktrin* gehorchend?

Und wenn – selbstverständlich abseits aller Ideologien – wir uns vornehmen, die Wut herauszulassen und anzufangen, jedes Ding an seinen Platz zu stellen, zum Beispiel Justiz walten zu lassen über denen, die das Land gestohlen und denen, die so viele Leben zerstört haben?

Ist es nicht so, dass wir schon eine Gänsehaut bekommen, wenn wir nur über solche Fantastereien nachdenken? Nichtsdestotrotz, nach dem, was man so sieht, scheinen unsere Dickhäuter diese Vorurteile nicht zu haben. Vielleicht, weil sie auch keine Ideologie verfolgen. Ja, das wird es sein. Sie sind einfach ungebildet.

Obwohl ich noch nicht überzeugt bin. Fragen bestürmen mich. Warum kriminalisiert das Denken des Systems die Konfrontation und stellt stattdessen den Wettbewerb als unerbittliches Gesetz der Gesellschaft auf? Ist die Konfrontation unerwünscht aber der Wettbewerb wünschenswert?

Der UNO-Abgesandte sagt weiter, „*diese so extremen Ungleichheiten bedeuten, dass die Mehrheit der Guatemaltekinnen von der Entwicklung ausgeschlossen bleibt und der Hunger und der Ausschluss zum Verbrechen und zum sozialen Konflikt beitragen. Während des Besuchs des Sonderbeauftragten starb ein 15jähriger Junge am 24. Januar 2005 aufgrund eines Schusses, weil er Früchte auf der Finca El Corozo gestohlen hatte, und vier weitere Bauern starben, als sie nach dem Jungen suchten*“.

Ich glaube, diese Worte helfen mir

dabei zu verstehen, was *Konfrontation* bedeutet: Es ist so etwas wie Früchte stehlen, um etwas zu essen. Oder vielleicht eine Finca zu besetzen, um Sozialleistungen einzufordern, die seit vielen Jahren ausstehen... Oder zu verhindern, dass irgendein transnationales Unternehmen Gold- und Silberquellen im Departement San Marcos ausbeutet, und als Lizenzgebühr gerade einmal 1% des Gewinns abgibt, währenddessen es Billionen Liter von Trinkwasser – geschenkt, versteht sich – in mit Zyanid vergiftete Teiche verwandelt... Das sind bedauerliche Beispiele für Konfrontation, gemäss dem Denken des Systems. Und deswegen ist die unerbittliche Reaktion, wenn nötig indem tausende PolizistInnen mobilisiert werden, die Repression.

Das System lädt uns ein zu konkurrieren, nicht zu konfrontieren. Aber auch hier ist nicht ganz klar, was damit gemeint ist; denn wenn wir um das Eigentum konkurrieren, das vor Jahrhunderten den Leuten entrissen wurde, stolpern wir doch wieder in die ungesunde Konfrontation.

Das Gesetz des universalen Wettbewerbs *wirkt nicht* auf die Angelegenheiten der Erinnerung. Deswegen gelingt es mir zu verstehen, dass es darum geht zu konkurrieren, indem auf die historische Erinnerung verzichtet wird und die Spielregeln akzeptiert werden, die jetzt herrschen, die das Kapital, die Rohstoffe, die Ressourcen, die Massenkommunikationsmittel und obendrein die drei Staatsgewalten unter Kontrolle haben.

Das Wettbewerbsgesetz muss das soziale Spiel in diesen Konditionen lenken, natürlich, ohne die geringste Konfrontation.

Aber von wem und warum wird dieses Gesetz einseitig aufgestellt? Die Fragen tauchen weiterhin auf und werden unerträglich.

In einem wahrlich ungünstigen Moment erzählen uns diese britischen WissenschaftlerInnen von der wütenden Erinnerung der Elefanten. Das bringt jetzt nichts mehr. Vielleicht war es in einem anderen Moment der Evolution nützlich...